

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Sebastian Münzenmaier, Marc Bernhard, Petr Bystron, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/23727 –

Tourismusgipfel im Kanzleramt jetzt

A. Problem

Angesichts der schwierigen Lage der Tourismuswirtschaft fordern die Antragsteller ein Spitzentreffen im Kanzleramt. Große Teile des Gastgewerbes befänden sich aktuell in einer existenzbedrohenden Situation. Sie zitieren unter anderem den Hotelverband Deutschland (IHA), der im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im Tourismusausschuss dargelegt habe, dass die Corona-Krise die Hotellerie in die größte Krise der Nachkriegszeit gestürzt habe. Auch der im Antrag genannte Deutsche Reiseverband (DRV) warne vor einer immer dramatischer werdenden Situation für die Reisewirtschaft. Das fehlende Auslandsgeschäft vernichte Arbeitsplätze. Die auf Bundes- und Landesebene getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie würden die verzweifelte Situation der Tourismusbranche zusätzlich verschärfen. Die Hilfsmaßnahmen des Bundes und der Länder hätten laut AfD-Fraktion keine dauerhafte, tragfähige Perspektive für die Branche aufgezeigt.

Die Nöte der Tourismuswirtschaft, einer Branche, die für fast 4 Prozent der Bruttowertschöpfung und jeden 15. Arbeitsplatz in Deutschland verantwortlich sei, müssten zur Chefsache gemacht werden.

Die Antragsteller fordern deshalb, kurzfristig einen Tourismusgipfel im Kanzleramt unter der Leitung der Kanzlerin und unter Beteiligung der fachlich zuständigen Kabinettsmitglieder mit Verbandsvertretern der Tourismuswirtschaft einzuberufen. Dabei solle über ein Konzept zur Bewältigung der Corona-Krise in der Tourismuswirtschaft beraten werden. In diesem Rahmen solle auch beraten werden, inwieweit die Erkenntnisse aus der Corona-Krise in die Erarbeitung der nationalen Tourismusstrategie einfließen sollten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/23727 abzulehnen.

Berlin, den 4. November 2020

Der Ausschuss für Tourismus

Sebastian Münzenmaier
Vorsitzender und Berichterstatter

Paul Lehrieder
Berichterstatter

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatterin

Dr. Marcel Klinge
Berichterstatter

Markus Tressel
Berichterstatter

Kerstin Kassner
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Sebastian Münzenmaier, Paul Lehrieder, Gabriele Hiller-Ohm, Dr. Marcel Klinge, Markus Tressel und Kerstin Kassner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/23727** in seiner 186. Sitzung am 29. Oktober 2020 zur federführenden Beratung dem Ausschuss für Tourismus, zur Mitberatung dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller fordern einen Tourismuspipfel im Kanzleramt.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 90. Sitzung am 4. November 2020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 19/23727 in seiner 54. Sitzung am 4. November 2020 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** legte dar, dass der Antrag keinen Sinn mache, da die Historie der letzten Monate, des letzten Jahres, etwas ganz anderes gezeigt hätte. Fraktion und Bundesregierung stünden in sehr engem Kontakt mit allen Verbänden und Regionalverbänden. Es habe Krisengespräche gegeben mit dem Deutschen Tourismusverband, mit dem Deutschen Reiseverband, mit der Deutschen Zentrale für Tourismus, die alle auch in Videokonferenzen den ganzen Sommer über mit dem Tourismusbeauftragten der Bundesregierung zusammengeschaltet gewesen wären.

Im Ergebnis hätten die Fachpolitiker der Koalition zusammen mit dem Wirtschaftsministerium für die Branche gute Ergebnisse erzielt. Mit der Auszahlung der ersten Überbrückungshilfe habe es zwar eine Weile gedauert, aber mittlerweile funktioniere die Abwicklung und man sei auf einem guten, konsequenten Weg, was auch als Rückkopplung aus der Branche zu hören sei.

Ein Gipfel mit der Kanzlerin bringe also keinen Mehrwert, außer einer plakativen Aufwertung der Tourismusbranche. Die sei aus Sicht der Fachpolitiker zwar zu begrüßen, letztlich gehe es aber darum „was hinten rauskomme“, wie es einmal der frühere Bundeskanzler Kohl so treffend formuliert habe.

Darüber hinaus mache ein Tourismuspipfel im Kanzleramt wenig Sinn, da Binnentourismus in Deutschland nach wie vor noch Ländersache sei. In der Konsequenz des Antrags müssten 16 Gipfel mit den jeweiligen Ministerpräsidenten folgen. Insgesamt sei der Antrag Aktionismus, den sich eine Regierung, die ihre Kräfte auf das Lösen von Problemen konzentriere nicht leisten könne.

Die **Fraktion der SPD** hielt den Antrag für populistisch und nicht zielführend, denn die Bundesregierung stehe bereits in laufendem Kontakt und engen Gesprächen mit der Branche.

In der Vergangenheit sei die Bedeutung und die Wirtschaftskraft des Tourismus durch die Bundesregierung zwar häufig unterschätzt worden, aber aktuell erfahre die Tourismusbranche durch die Bundesregierung eine sehr hohe

Wertschätzung. Das zeige sich gerade jetzt bei den Überbrückungshilfen, wo bei der Fixkostenanrechnung besonders auch den Belangen der Reisebranche Rechnung getragen wird. Im Übrigen habe das Querschnittsthema Tourismus bei den Ministerinnen und Ministern, die für die SPD im Kabinett saßen einen hohen Rang und man stehe mit der Branche im engen Kontakt.

Der Bundesregierung sei es wichtig, im ständigen Dialog mit der Branche zu bleiben, um sich auf gute Lösungen für die Unternehmen der Branche und deren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verständigen zu können. So wurden z. B. die Corona-Hilfen laufend nachgebessert, damit diese Hilfen noch passgenauer die Betroffenen erreichen.

Die **Fraktion der AfD** führte aus, dass die deutsche Tourismuswirtschaft momentan am Abgrund stehe. Zahlen und Statistiken seien bekannt und der neue Lockdown seit dem 2. November habe die ganze Situation noch einmal extrem verschärft. Die Menschen, die in der Touristikbranche arbeiteten, fühlten sich oft nicht so ernstgenommen oder so wertgeschätzt wie sich das eigentlich gehöre. Die Tourismusbranche sei wahrscheinlich die am meisten unterschätzte Branche in diesem Land, trotz der 3 Millionen Arbeitsplätze und fast 4 Prozent der deutschen Bruttowertschöpfung. Deswegen fordere der Antrag die Problematik zur Chefsache zu machen. Die Kanzlerin habe andere Gipfel abgehalten, wie zum Beispiel den Autogipfel. Der Tourismus sei genauso wichtig für dieses Land und es brauche einen Tourismusgipfel wo man endlich mit den Menschen und nicht nur über sie spreche.

Im Rahmen des Tourismusgipfels ließe sich auch konstruktiv darüber beraten wie zum Beispiel die Erkenntnisse aus der Corona-Krise in die Arbeit der nationalen Tourismusstrategie einfließen könnten. In die Beratungen des Gipfels solle auch das Parlament in der Weise mit eingebunden werden, dass die Bundesregierung dem Parlament über den Stand der Umsetzung der auf dem Gipfel getroffenen Vereinbarungen berichte.

Die **Fraktion der FDP** machte keine weiteren Ausführungen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** wies darauf hin, dass der vorliegende Antrag der Fraktion der AfD im Widerspruch stehe zu dem, was AfD während der Plenardebatte zum Treffen der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten gesagt habe. Hier hätte die AfD argumentiert, diese Fragen gehörten nicht in solch eine Runde, sondern in die Parlamente.

Tourismuspolitik gehöre aber erst recht in die Parlamente, denn es sei eine Aufgabe, die die Länder zu erfüllen hätten und deswegen bringe es nichts, einen solchen Gipfel zu veranstalten. Die einzige Lösung um im Tourismus voranzukommen, sei eine enge Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten, zwischen den verantwortlichen Ministern auf allen Ebenen bis hinunter zu den Kommunen.

Wenn alle Hilfe und alle Unterstützung für die Tourismusbranche griffen, dann gebe es gute Chancen, dass die Touristik nach der Corona-Pandemie gut aufgestellt sei und die Beschäftigten weiter in dieser Branche tätig bleiben könnten. DIE LINKE. werde alles dafür tun, dass es gut vorangehe im Interesse dieser Branche.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** machte deutlich, dass sie die Forderung nach dem Gipfel schon vor der Sommerpause erhoben hätte. Die Wertschätzung, die dieser Gipfel vor sechs Monaten gebracht hätte, die hätten sich die Reisebüros auf den Straßen lautstark erkämpfen müssen.

Damals sei die Zeit für einen Tourismusgipfel gewesen, aber mittlerweile sei die Entwicklung schon deutlich weiter und heute, an einer ganz anderen Stelle in dieser Debatte, sei ein ganz anderes Instrument als ein Gipfel notwendig.

Heute, wo man in der Pandemie deutlich weiter vorangeschritten sei, brauche man ein Expertengremium, was die Grünen bereits vor Monaten gefordert hätten, in dem Wissenschaft, Wirtschaft und Politik am Tisch säßen und dort konkrete Lösungsvorschläge erarbeiteten.

Sicher hätte sich ein Expertengremium auf einheitliche Regeln geeinigt und durch seine Expertise zum Beispiel verhindert, dass es jetzt globale Schließungen im Beherbergungsgewerbe oder bei den Gaststätten gebe.

Berlin, den 4. November 2020

Sebastian Münzenmaier
Berichterstatter

Paul Lehrieder
Berichterstatter

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatterin

Dr. Marcel Klinge
Berichterstatter

Markus Tressel
Berichterstatter

Kerstin Kassner
Berichterstatterin

